

Unsinnige Fahrverbote – nicht mit der AfD!

AfD für Privateigentum, Individualverkehr und Wissenschaftlichkeit

Die vor allem von linker und grüner Seite vorangetriebene Demontage der deutschen Autoindustrie und kalte Enteignung der Dieselfahrer sehen die AfD-Fraktionen in Bund und Ländern mit großer Sorge. Unsere Fraktionen werden stets für Privateigentum, bezahlbaren Individualverkehr und Wissenschaftlichkeit eintreten. Der Umweltschutz gehört als ein weiteres Kriterium dazu. Politische Maßnahmen sollten sich immer dem Kriterium der Verhältnismäßigkeit unterziehen. Die ideologische Bevorzugung eines Verkehrsträgers zu Lasten anderer lehnen wir daher kategorisch ab.

Quellen der Emissionen und Anteil des Verkehrs hinterfragen

Jedem aufmerksamen Beobachter der Debatte dürfte rasch auffallen, wie unhaltbar bereits die Begründung der Fahrverbote ausfällt. Nachdem sich mittlerweile herumgesprochen hat, dass Feinstäube primär durch natürliche Ursachen und Brems- und Reifenabrieb entstehen, ist klar, dass ein elektrisch angetriebenes Fahrzeug hier keinen signifikanten Mehrwert haben kann. Diesel-Pkw können in Fahrzyklen bereits heute weniger Energie verbrauchen als vergleichbare elektrisch angetriebene Fahrzeuge. In Verbindung mit dem deutschen Strommix erzeugen elektrisch angetriebene Fahrzeuge damit mehr CO₂ als Diesel-Fahrzeuge. Eine Benachteiligung von Diesel-Fahrzeugen gegenüber Elektrofahrzeugen, oder gegenüber weniger effizienten Fahrzeugen mit Otto-Motoren, wäre sogar widersprüchlich im Hinblick auf die von allen anderen Parteien außer der AfD proklamierte Erreichung der Klimaziele.

Auch beim Stickstoffdioxid werden von Umwelt-Organisationen wie der politisch fragwürdigen DUH, falsche Tatsachen verbreitet. Denn hohe Stickstoffdioxid-Werte in der Außenluft entstehen gemäß wissenschaftlicher Studien des Fraunhofer-Instituts in Dresden auf Grund von meteorologischen bzw. luftchemischen Einflussfaktoren und nicht durch Diesel-Fahrzeuge. Fahrverbote, Umweltzonen und sonstige massive Einschränkungen in der persönlichen Mobilität sind daher wirkungslos.

Überprüfung der Grenzwerte:

Für die derzeit geltenden NO₂-Jahresmittelwerte von 40 Mikrogramm pro Kubikmeter gibt es weder toxikologische noch andere wissenschaftliche Gründe. Die Sachverständigenkommission zur gesundheitlichen Wirkung von Diesel-Abgasen des 5. Untersuchungsausschusses kam vor wenigen Monaten einhellig zu dem Schluss, dass es nicht möglich ist, Gesundheitsbeeinträchtigungen durch NO₂ in Konzentrationen bis 900 Mikrogramm pro Kubikmeter nachzuweisen.

„Die AfD-Fraktion im Bundestag setzt sich dafür ein, dass die in deutschen Städten seit 2005 geltenden Stickstoffdioxid-Grenzwerte überprüft werden.“

Ferner gelten in den Vereinigten Staaten Jahresmittelwerte von 100 Mikrogramm pro Kubikmeter. Auch der mehr als durchsichtige Versuch Todesfälle kausal auf NO₂ oder Feinstaub zurückzuführen, erfüllt nicht wissenschaftlichen Standards. Die derzeitigen Grenzwerte sind daher nicht nur unverhältnismäßig niedrig, sondern gefährden auch den Wirtschaftsstandort Deutschland massiv.

Messstationen

Der Standort der Messstationen hat erheblichen Einfluss auf die Messergebnisse. Forscher der KIT Karlsruhe konstatieren, dass sich die Stickoxidwerte schon 20 bis 25 Meter von den Straßen weg halbieren. Viele Städte wählen daher aus ideologischen Gründen den lokal höchsten Messwert und stellen deswegen die Messstationen direkt an die Straße, obwohl Abstände von bis zu 10 Meter vom Straßenrand zulässig wären, wie es beispielsweise in Athen gehandhabt wird. Sollten die Standorte gegenüber den EU-Regeln verschärft sein, fordern wir die Festlegung eines neuen Standortes mit maximal positiver Auslegung der Richtlinie und Mittelwertbildung zwischen beiden Messstationen. Gerichtlich belastbare Werte können nur durch objektive, also EU-einheitlichen Messverfahren, unter Einhaltung der EU Richtlinien entstehen.

„Für gerichtliche Fahrverbote können nur die Mittelwerte unter standardisierten Messbedingungen herangezogen werden.“

Gegen eine automobilfeindliche Politik

Zwar ist der öffentliche Personennahverkehr Teil eines effizienten Verkehrsmix und für viele Pendler und wirtschaftlich benachteiligte Bevölkerungsgruppen ein wichtiges Verkehrsmittel, jedoch können und wollen viele Bürger auf den PKW nicht verzichten. Daher wehren wir uns gegen staatliche Umerziehungsmaßnahmen und finanzielle Gängelungen zum Nachteil der Bürger. Nachrüstungen auf Kosten der Verbraucher

lehnen wir ab. Zudem muss sich jeder Verkehrsträger einer Kosten-Nutzen-Analyse unterziehen. Das Steuergeld der Bürger darf nicht für kostspielige Prestige- oder Pilotprojekte unter dem Deckmantel des Klimaschutzes verschwendet werden.

„Eine ideologiebehaftete Verkehrspolitik gefährdet tausende Arbeitsplätze und schafft negative Investitionsanreize.“

Der Automobilssektor und seine Zulieferer tragen einen erheblichen Anteil zum Bruttoinlandsprodukt bei. Viele Regionen sind stark auf den Erfolg des Verbrennungsmotors angewiesen. Der Kampf gegen den Diesel ist daher in doppelter Hinsicht gefährlich. Einerseits wird der Ruf eines von deutschen Ingenieuren entwickelten und weltweit geschätzten Produktes ruiniert und andererseits enteignen drohende Fahrverbote über Nacht viele Dieselfahrer.

Für einen modernen und effizienten Wirtschaftsstandort Deutschland darf daher Verkehr nicht mit ideologischen Scheuklappen bewertet werden. Auch hier gilt das Motto der AfD: Mut zur Wahrheit. Wer diesen Mut nicht aufbringt, kann keine verantwortungsvolle Politik für Deutschland machen.

„Die AfD-Fraktionen in Bund und Ländern stehen bereit für eine rationale Diskussion der Verkehrspolitik.“

Begründung:

Die Fraktionen der AfD im deutschen Bundestag und in den Landtagen der deutschen Bundesländer sehen die mit der Diskussion um Fahrverbote für Dieselfahrzeuge verbundene kalte Enteignung der Dieselfahrer, Demontage der deutschen Autoindustrie und Gefährdung von Arbeitsplätzen mit großer Sorge. Als Partei der Vernunft, der Verantwortung und des gesunden Menschenverstandes treten wir ein für den Schutz des Privateigentums, bezahlbaren Individualverkehr, Wissenschaftlichkeit und verständigen Umweltschutz und haben eine gemeinsame Resolution „Unsinnige Fahrverbote – nicht mit der AfD!“ entwickelt. Im Namen der Bundestagsfraktion und der Landtagsfraktionen der AfD bitten wir den Bundesparteitag, unseren Antrag zu unterstützen, diese Resolution auf die Tagesordnung der Versammlung zu setzen und sich der Resolution anzuschließen, um gemeinsam ein starkes Zeichen für den Schutz der deutschen Verbraucher und Arbeitnehmer und der deutschen Autoindustrie zu senden.